

**Motion Locher-St.Gallen / Bärlocher-Eggersriet / Götte-Tübach:  
«Leitplanken bei Abstimmungen auch für öffentlich-rechtlich anerkannte Religions-  
gemeinschaften**

Im Rahmen des heftig geführten Abstimmungskampfes über die «Konzernverantwortungsinitiative, KVI» engagierten sich katholische und evangelische Kirchgemeinden sowie die Konfessionsteile sehr. Besonders aktiv für die Initiative warb das Komitee «Kirche für Konzernverantwortung». Es schaltete auf seiner Website zahlreiche Musterpredigten und einschlägige Bibelpassagen zur Annahme der Initiative auf.

Im Kanton St.Gallen waren neben der evangelischen Kantonalkirche auch mehrere evangelische und katholische Kirchgemeinden Komitee-Mitglieder. Manche Kirchgemeinden warben nicht nur in den Messen und Gottesdiensten, sondern auch mit Bannern an ihren Gebäuden sehr aktiv für die Annahme der Initiative.

Die Religionsgemeinschaften sind im Kanton St.Gallen als öffentlich-rechtliche Körperschaften konstituiert. Die öffentlich-rechtliche verfassten Kirchen nehmen damit einen privilegierten Sonderstatus ein, der auch Verhaltenspflichten beinhalten muss.

Die in der Bundesverfassung (SR 101; abgekürzt BV) verankerte Garantie der politischen Rechte schützt insbesondere die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 15 BV) sowie die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe (Art. 34 Abs. 2 BV). Aus Art. 34 Abs. 2 BV wird namentlich eine Verpflichtung der Behörden auf korrekte und zurückhaltende Information im Vorfeld von Abstimmungen abgeleitet (BGE 140 I 338, E. 5.1 S. 342 mit Hinweisen). Dabei ist zu unterscheiden zwischen Informationen bzw. Interventionen der Behörden bei Abstimmungen im eigenen Gemeinwesen (Gemeinde, Kanton, Bund) und bei solchen in einem anderen (untergeordneten, gleichgeordneten oder übergeordneten) Gemeinwesen (BGE 119 Ia 271, E. 3b S. 273).

Für kirchliche Behörden gelten bis heute keine solchen Regeln. Die einseitigen Kampagnen zugunsten der KVI von öffentlich-rechtlich verfassten Landeskirchen und einzelnen Kirchgemeinden zeigt, dass das mangelhaft ist und die Abstimmungsfreiheit verletzt.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften vorzulegen, der den Grundsatz der politischen Neutralität der Religionsgemeinschaften im Gesetz festlegt, das Verhalten und die Informationsrechte der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften im Vorfeld von Abstimmungen näher regelt und auch die Religionsgemeinschaften an die grundrechtlich geschützte Abstimmungsfreiheit (Art. 34 Abs. 2 BV) bindet.»

1. Dezember 2020

Locher-St.Gallen  
Bärlocher-Eggersriet  
Götte-Tübach